

Autor/in: Grüne	Antragsentwurf	Lfd-Nr.
Beratungsverlauf in den KOA-Fraktionen		
SPD	Linke	Grüne (ham)
AK	AK	AK 1 19.01.2021 beschlossen
FV	FV	FV
F	F	F

Ausbaustopp für Autobahnen und Bundesfernstraßen in Berlin

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert:

in Anerkennung der Klimanotlage, im Vorlauf zur 2021 anstehenden Überprüfung der Projekte des Bundesverkehrswegeplans, beim Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur die Löschung der folgenden Berliner Projekte aus dem Bundesverkehrswegeplan zu beantragen:

1. 17. Bauabschnitt der A100 (Lfd. Nr. 1 BE A100, von AD Neukölln bis Storkower Straße (nur 17. Bauabschnitt))
2. Ortsumfahrung Malchow (Lfd. Nr. 2 BE B2-G20-BE, B002n, OU Malchow)
3. 6-streifiger Ausbau der A 115 zwischen Autobahnkreuz Zehlendorf und Anschlussstelle Hüttenweg (Lfd. Nr. 3 BE A115-G40-BE, A115, von AK Zehlendorf (Lgr BB/BE) bis AS Hüttenweg)

Begründung:

Mit Beschluss vom 10.12.2020 hat der Senat anerkannt, „dass die fortschreitende Erderhitzung eine Klimanotlage darstellt, die dringendes Handeln und zusätzliche Anstrengungen zugunsten des Klimaschutzes und der Klimaanpassung erforderlich macht.“ Eine wesentliche Quelle für den Ausstoß des für die Klimaerhitzung hauptverantwortlichen Klimagases Kohlendioxid, ist in Berlin der Straßenverkehr. 2019 lag der Anteil des Straßenverkehrs am Berliner CO₂-Ausstoß bei 21,4 Prozent. Der Verkehrssektor ist der einzige Sektor in dem die Emissionen im Vergleich zum Ausgangsjahr 1990 absolut gestiegen sind anstatt zu sinken. Ohne die signifikante Reduktion der Treibhausgasemissionen im Verkehrsbereich sind daher die Berliner Klimaschutzziele in Gefahr.

Eine deutliche Reduktion der CO₂-Emissionen im Straßenverkehr ist nur erreichbar, wenn der motorisierte Individualverkehr deutlich reduziert wird. Wissenschaftliche Studien belegen aber seit langem, dass der Bau neuer Straßen und die Erhöhung der Kapazität von Straßen zu einem erhöhten Verkehrsaufkommen führt (induced demand). Vor diesem Hintergrund wäre ein Neubau oder die Erhöhung der Kapazität von Straßen in Berlin die Ursache für einen Anstieg der CO₂-Emissionen im Verkehrssektor und somit nicht mit dem Klimanotlagebeschluss des Senats in Einklang zu bringen.